

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 10. - öffentliche - Sitzung**  
**des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen**  
**am 7. Juni 2023**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes und des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/1173](#)  
*(abgesetzt)*..... 5
  
2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1144](#)  
*Mitberatung* ..... 6  
*Beschluss*..... 6
  
3. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Aufhebung des LBS-Nord-Gesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/1429](#)  
*Mitberatung* ..... 7  
*Beschluss*..... 8

**4. Gute Personalausstattung im niedersächsischen Justizvollzug sicherstellen - belastbares Personalbemessungssystem entwickeln und umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/1238](#)

*Verfahrensfragen*..... 9

**5. Sachstand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens anlässlich der unangemeldeten Demonstration durch Greenpeace am 3. Mai 2023**

*Beschluss über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung* ..... 10

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Christoph Plett (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Constantin Grosch (SPD)
4. Abg. Ulf Prange (SPD)
5. Abg. Jan Schröder (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
7. Abg. Christoph Willecke (SPD)
8. Abg. Carina Hermann (CDU)
9. Abg. Martina Machulla (CDU)
10. Abg. Jens Nacke (CDU)
11. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
12. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
13. Abg. Thorsten Moriße (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied),  
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10.17 Uhr bis 10.38 Uhr.

**Außerhalb der Tagesordnung:***Überweisung von Beratungsgegenständen an den Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“*

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU) erinnert an den in der 3. Sitzung am 7. Dezember 2022 gefassten Beschluss, alle Beratungsgegenstände, die Medienangelegenheiten betreffen, ohne weiteren Beschluss im Einzelfall dem Unterausschuss „Medien“ zu überweisen. Er schlägt vor, einen ähnlichen Vorratsbeschluss auch im Hinblick auf Überweisungen an den Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ zu fassen.

Ministerialrätin **Obst** (LTVerv) gibt zu bedenken, dass ein solcher Beschluss klar benennen müsste, welche Beratungsgegenstände überwiesen werden sollten.

Während Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) vorschlägt, über Überweisungen an den Unterausschuss im jeweiligen Einzelfall zu entscheiden, regt Abg. **Jens Nacke** (CDU) an, alle Beratungsgegenstände, die eindeutig den Justizvollzug oder die Straffälligenhilfe betreffen, automatisch dem Unterausschuss zu überweisen und Einzelfallbeschlüsse dieses Ausschusses nur für unklare Fälle vorzusehen. Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE) weist auf die Möglichkeit hin, bei der Einbringung eines Beratungsgegenstandes eine Überweisung an den Unterausschuss zu erbitten.

Im Ergebnis sieht der **Ausschuss** vorerst von einem Vorratsbeschluss ab.

*Informationsreisen des Ausschusses*

Abg. **Ulf Prange** (SPD) schlägt den Sprechern der Fraktionen vor, am Rande des Juni-Plenums über den in der 8. Sitzung am 26. April 2023 unterbreiteten Vorschlag zu sprechen, im März 2024 nach Wien und Prag zu reisen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 1:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes und des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/1173](#)

*direkt überwiesen am 18.04.2023*

*federführend: AfluS;*

*mitberatend: AfRuV*

Da das Mitglied des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, das den Gesetzentwurf federführend bearbeitet hat, verhindert ist, vertagt der **Ausschuss** diesen Punkt einvernehmlich auf seine nächste Sitzung.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1144](#)

*direkt überwiesen am 12.04.2023*

*federführend: AfWVBuD;*

*mitberatend: AfRuV*

### **Mitberatung**

*Beratungsgrundlage: Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses (unveränderte Annahme)*

ParlR'in **Brüggeshemke** (GBD) erklärt, der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst habe keine rechtlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Sie teilt mit, der - federführende - Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung habe seine Beschlussempfehlung einstimmig - bei Stimmenthaltung des Mitgliedes der Fraktion der AfD - gefasst.

### **Beschluss**

Ohne Aussprache schließt sich der **Ausschuss** der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: AfD*

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 3:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Aufhebung des LBS-Nord-Gesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/1429](#)

*direkt überwiesen am 24.05.2023*

*federführend: AfHuF;*

*mitberatend: AfRuV*

### **Mitberatung**

MR'in **Dr. Schröder** (GBD) legt dar, der Staatsvertrag sehe eine Vereinigung der Norddeutschen mit der Westdeutschen Landesbausparkasse aufgrund eines Verschmelzungsvertrags vor und schaffe den anstaltsrechtlichen Rahmen für die so entstehende LBS Landesbausparkasse NordWest. Artikel 1 des Gesetzentwurfes enthalte das nach Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmungsgesetz, durch Artikel 2 solle das LBS-Nord-Gesetz mit Wirksamwerden der Verschmelzung aufgehoben werden. Nach Angaben des Niedersächsischen Finanzministeriums solle die Verschmelzung möglichst bis zum 31. August 2023 vollzogen werden, damit sie wirtschaftlich und steuerlich auf den 1. Januar 2023 zurückwirken könne.

Den Entwurf des Staatsvertrages habe das Finanzministerium in der 16. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 17. Mai 2023 vorgestellt. In der 18. Sitzung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 31. Mai 2023 habe das Finanzministerium den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht, und der Ausschuss habe die Gesetzesberatungen aufgenommen. Der federführende Ausschuss habe in Aussicht genommen, seine Beschlussempfehlung am 14. Juni 2023 zu fassen, um eine Verabschiedung im Juni-Plenum zu ermöglichen. Er habe diesen Ausschuss um zeitgerechte Mitberatung gebeten.

Die Referentin des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes weist darauf hin, dass eine Änderung des Staatsvertrages durch den Landtag nicht möglich sei. Der Landtag könne nur seine Zustimmung erteilen oder versagen. Vor diesem Hintergrund prüfe der GBD Staatsverträge nur auf Verstöße gegen höherrangiges Recht. Er habe in dem vorliegenden Staatsvertrag keine Punkte gefunden, derentwegen dem Landtag von einer Zustimmung abgeraten werden müsste.

**Beschluss**

Ohne Aussprache votiert der **Ausschuss** gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: AfD*

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 4:

**Gute Personalausstattung im niedersächsischen Justizvollzug sicherstellen - belastbares Personalbemessungssystem entwickeln und umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1238](#)

*erste Beratung: 14. Plenarsitzung am 04.05.2023*

*federführend: AfRuV;*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

**Verfahrensfragen**

Der **Ausschuss** überweist den Antrag einstimmig seinem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 5:

**Sachstand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens anlässlich der unangemeldeten Demonstration durch Greenpeace am 3. Mai 2023**

**Beschluss über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung**

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der CDU-Fraktion vom 19. Mai 2023 einstimmig an.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU) teilt mit, das Justizministerium habe erklärt, die Unterrichtung nicht in der heutigen Sitzung vornehmen zu können.

Abg. **Jens Nacke** (CDU) zeigt sich überrascht und weist darauf hin, dass das Ministerium für Inneres und Sport in der Lage gewesen sei, unmittelbar nach der Annahme eines Unterrichtungsantrages in der 18. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 25. Mai 2023 über das polizeiliche Handeln anlässlich der Demonstration zu unterrichten.

Abg. **Ulf Prange** (SPD) entgegnet, das polizeiliche Handeln sei am 25. Mai längst abgeschlossen gewesen. Die strafrechtlichen Ermittlungen hingegen dauerten vermutlich noch an, weshalb das Justizministerium zunächst den Sachstand abfragen müsse. Dass Unterrichtungen unmittelbar auf die Annahme eines Unterrichtungsantrages folgten, sei in Ausnahmefällen möglich, aber nicht die Regel.

\*\*\*